

«Stoppt Parmelin» ist für viele die Losung

Armee Der SVP-Bundesrat schaut bei der Rüstungsbeschaffung genau hin und schafft sich damit viele Feinde

VON HENRY HABEGGER

Er ist kein Mann der grossen Worte. Sympathisch und still sei er, heisst es im Bundesrat. Er redet nicht viel, und Mitberichte zu Geschäften seiner Kolleginnen und Kollegen schreibt er nur selten.

In krassem Kontrast dazu stehen bisher Guy Parmelins Taten. Gut zwei Monate im Amt, griff der neue SVP-Bundesrat durch, wie es lange kein Verteidigungsminister mehr gewagt hatte: Der ehemalige Weinbauer zog bei der bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf) die Notbremse. Er sistierte das neue Fliegerabwehrsystem, das immer teurer wurde. Von anfänglich 500, dann 700 Millionen bis 1,1 Milliarden und mehr. Bei dem unklar war, ob es die Anforderungen erfüllte und zu den künftigen Kampffjets passt.

Der Waadtländer setzte Expertengruppen ein und gab eine Gesamtschau zur Luftverteidigung in Auftrag. Er liess sich zudem sämtliche Rüstungsvorhaben vorführen, um sie auf Sinn und Zweck zu überprüfen. Und bereits hat er die nächste Überprüfungsrunde angesagt. Kurzum, der neue Verteidigungsminister scheint wild entschlossen, das Heft in die Hand zu nehmen.

Aber das kommt nicht überall gut an. Es bedeutet Verlust von Macht, Einfluss und Geld für andere. Nach anfänglichem Applaus für die Sistierung erntet Parmelin zunehmend Kritik von einflussreichen und tief vernetzten Kreisen in Wirtschaft, Politik und der Armee. Sie nehmen ihm die Bodluf-Sistierung übel, sehr übel. «Parmelin muss weg», soll ein General a. D. kürzlich erklärt haben. Eine Aussage, die der Betroffene vehement bestreitet. Aber klar ist, welche Interessen er vertritt: Er hat ein Beratermandat der deutschen Firma Diehl, die Bodluf-Raketen liefern soll.

«Dafür muss er geradestehen»

«Stoppt Parmelin», heisst für viele die Losung. Für FDP-Nationalrat Hans-Peter Portmann (ZH) etwa ist klar: Mit der Sistierung habe Parmelin «eine Sicherheitslücke» produziert und «50 Mio. Franken Projektkosten in den Sand» gesetzt. «Dafür muss der VBS-Chef geradestehen.» Wobei diese Kosten laut VBS nur 20 Millionen betragen und durch ein günstigeres Bodluf eingespart werden können.

Zum Scherbenegericht könnte Ende Jahr der Bericht der Geschäftsprüfungs-



Hier prüft der Chef noch selbst: Verteidigungsminister Guy Parmelin inspiziert in Frauenfeld neues Armeematerial. RUBEN SPRICH/REUTERS

kommission (GPK) werden. Thema: Sistierung des Projekts Bodluf. Parmelin-Supporter befürchten, der Bericht verkomme zur Abrechnung.

Der Antrag zur GPK-Inspektion kam von FDP-Nationalrätin Doris Fiala (ZH), die nun am Bericht mitarbeitet. Ihr wird wie auch Portmann Nähe zum deutschen Rüstungskonzern Rheinmetall nachgesagt, der ebenfalls bei Bodluf mitmischen möchte. Sind also Eigeninteressen im Spiel? Fiala dementiert: «Ich bin weder direkt noch indirekt noch aufgrund von Kollege Portmann mit Rheinmetall verbunden.» Sie habe «weder direkt noch indirekt, weder beruflich, politisch noch privat einen Interessenkonflikt im Fall Bodluf». Portmann

sagt: «Ich bin auf keiner Seite aktiv, habe also keine Mandate und auch sonst keine Interessenkonflikte.» Als Milizkader habe er aber «mit verschiedensten Offizierskameraden aus der Industrie (auch Rheinmetall Dienst) gemacht. Und im «Flab Collegium» diskutiere man die Sache intensiv.

Parmelin hat sich mit der Bodluf-Sistierung mit gewichtigen Fliegerabwehr-Offizieren angelegt: Portmann ist Flab-Oberst. Der demnächst abtretende Armeechef André Blattmann kommt von der Flab. Luftwaffenchef Aldo Schellenberg ebenfalls.

Es geht um Milliarden. Bei Bodluf, danach bei den Kampffjets. SVP-Nationalrat Adrian Amstutz (BE) sagt: «Es ist

offenbar so, dass es Kreise gibt, und zwar in Verwaltung, Industrie und Politik, die keine Freude haben, dass Parmelin sehr genau hinschaut bei solchen Beschaffungen.» Für Doris Fiala sind das «Verschwörungstheorien».

«Kritik von der Rüstungslobby»

Unterstützung für Parmelin kommt von Links. «Ich bin nicht einverstanden mit der Kritik an Guy Parmelin», sagt SP-Ständerätin Géraldine Savary (VD). «Die Kritik von Portmann kommt in Tat und Wahrheit von der Rüstungslobby, die mit Bodluf so viele Leute und Unternehmen wie möglich beglücken möchte». Sie halte es aber für richtig, dass ein neuer Bundesrat «sämtliche Projekte

studiert, für die er verantwortlich ist». Denn Parmelin müsse gelingen, «was seinem Vorgänger und der Equipe, die sich jetzt beklagt», nicht gelungen sei: «Der Kauf eines neuen Kampffjets.» Und es sei aus militärischer und finanzieller Sicht «völlig verantwortungslos, eine neue Boden-Luft-Abwehr zu kaufen, ohne zu wissen, welche und wie viele Flugzeuge wir brauchen».

Neue, überraschende Armee-Allianz. Bodluf komme, aber dank Parmelin besser und günstiger, glaubt Amstutz: «Entscheidend ist die Beschaffung eines operativ erprobten, preiswerten und rasch lieferbaren Systems ohne zeitverzögernden und exorbitant teuren Swissfinish-Perfektionswahn.»

«Parmelin muss gelingen, was seinem Vorgänger und der Equipe, die ihn kritisiert, nicht gelungen ist: Der Kauf eines neuen Kampffjets.»

Géraldine Savary
SP-Ständerätin VD

«Ich bin auf keiner Seite aktiv, habe also keine Mandate und auch sonst keine Interessenkonflikte.»

Hans-Peter Portmann
FDP-Nationalrat ZH

Es gibt Kreise, und zwar in Verwaltung, Industrie und Politik, die keine Freude haben, dass Parmelin sehr genau hinschaut.

Adrian Amstutz
SVP-Nationalrat BE

Ständeräte portieren sich gegenseitig

Bundesrat Die Ostschweizer Kantone machen Druck, um wieder in der Landesregierung vertreten zu sein

VON DENNIS BÜHLER

Seit längerem wird über einen baldigen Rücktritt von FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann spekuliert. Der 63-Jährige sei gesundheitlich angeschlagen und müde, heisst es – ein Eindruck, der sich bei einigen Parlamentsdebatten im September verfestigte, als er wirt und gedanklich abwesend wirkte. Spätestens mit Erreichen des Pensionsalters Anfang 2018 werde Schneider-Ammann den Hut nehmen, glaubt in Bundesbern jeder.

Ebenfalls noch in dieser Legislatur zurücktreten dürfte CVP-Magistratin Doris Leuthard, die Schneider-Ammann im Januar im Bundespräsidium ablösen wird. 2018 wird sie auf zwölf Jahre in der Regierung zurückblicken – eine sehr lange Zeit. Bereits überlegt sich die Energieministerin, was sie danach tun könnte: «Denkbar ist ein Engagement in der Privatwirtschaft, etwas Karitatives oder Internationales», sagte sie vor ein paar Tagen.

Beste Aussichten, die amtsmüden Bundesräte zu beerben, haben zwei Bündner Ständeräte: Selbst halten sich Martin Schmid (FDP) und Stefan Engler (CVP) zurzeit bedeckt – wohlwissend, dass allzu früh geäussertes Interesse eher kontraproduktiv wirken könnte. «Die Frage einer Kandidatur stellt sich nicht, solange

kein Sitz frei ist», sagt Schmid. Engler stellt klar: «Ich stehe nicht auf dem Spielfeld.» Ein Hintertürchen aber lässt auch er offen. Gleichzeitig portieren sich die Ständeräte, die in den Nullerjahren in der Kantonsregierung gut zusammenarbeiteten, gegenseitig: «Schmid hat das Zeug zum Bundesrat, er bringt alle Fähigkeiten mit», sagt der CVP-Mann. Der FDPler retourniert das Lob: «Engler ist in Bern ausgezeichnet vernetzt und kommt bei allen Parteien gut an.»

Ostschweiz lädt zur Aussprache

Das Rennen um die Nachfolge der Bundesräte Schneider-Ammann und Leuthard hat in den letzten Tagen an Fahrt aufgenommen: Gestern lud die Ostschweizer Regierungskonferenz (ORK) die Spitzen der vier Bundesratsparteien zu einer Aussprache. Ziel: Die Ostschweiz müsse zurück in den Bundesrat – seit dem Rücktritt von Eveline Widmer-Schlumpf vor bald einem Jahr nämlich regiert die östliche Landeshälfte nicht mehr mit. Das Treffen mit den Parteichefs Gerhard Pfister (CVP) und Albert Rösti (SVP) sowie den Vizepräsidenten Andrea Caroni (FDP) und Barbara Gysi (SP) sei sehr positiv verlaufen, sagt der St. Galler Finanzchef und ORK-Präsident Benjamin Würth. «Wir konnten sie für



Martin Schmid.



Karin Keller-Sutter.

unsere Interessen sensibilisieren – in der Ostschweiz wird ein Achtel der Schweizer Wirtschaftsleistung erbracht und lebt ein Siebtel der Bevölkerung.»

Ostschweizer Politiker jeglicher Parteien wollen ihre Region bald wieder im Bundesrat vertreten sehen. «Seit letztem Jahr werden wir von fünf Burgundern und nur zwei Alemannen regiert», sagt der St. Galler FDP-Nationalrat Walter Müller, die Berner Vertreter Schneider-Ammann und Simonetta Sommaruga der Westschweiz zurechnend. «Wäre es umgekehrt, gäbe es riesigen Klamauk.» Korrekturen zu fordern, sei nicht nur legitim, sondern staatspolitisch geradezu notwendig. Das sieht auch der St. Galler CVP-Nationalrat Markus Ritter so: «Die Ostschweiz liegt weit weg von Bern. Ohne Stimme in der Regierung geht unser Landesteil vergessen.» Der Glarner SVP-Ständerat Werner Hösli hingegen glaubt

weniger ans «Konstrukt» Ostschweiz: «Wichtiger ist mir, dass der Alpenbogen in der Regierung vertreten ist – egal ob mit der Ostschweiz, der Zentralschweiz oder dem Wallis.» Als Glarner teile er mit einem Urner oder Walliser mehr Interessen als etwa mit einem Schaffhauser. Seine Bündner Ratskollegen Schmid und Engler aber gäben auch in seinen Augen fähige Bundesräte ab.

Hoffnung auf einen Bundesratssitz hegt auch die Zentralschweiz, die seit dem Rücktritt des freisinnigen Kaspar Villiger vor 13 Jahren keinen Bundesrat mehr stellte. Während das Rennen bei der CVP völlig offen scheint, dürfte die Ostschweiz bei der FDP im Vorteil sein, da sie mit Schmid und Karin Keller-Sutter gleich über zwei valable Kandidaten verfügt. Fraglich ist aber, ob die St. Galler Ständerätin überhaupt antreten will: Seit ihrer Niederlage gegen Schneider-Ammann vor sechs Jahren schloss sie eine zweite Kandidatur immer kategorisch aus. Nun aber versucht sie ihr Leibblatt «St. Galler Tagblatt» mit einer mehrtägigen Medienkampagne umzustimmen. «Der Druck in der FDP, eine Frau zu portieren, ist derart gross, dass Keller-Sutter die besseren Karten haben könnte als Martin Schmid», glaubt der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas.

NACHRICHTEN

GESUNDHEIT I Grippeimpftag am 11. November

Wer sich gegen die saisonale Grippe impfen lassen möchte, kann dies ab sofort tun. Damit man dafür nicht extra einen Arzttermin vereinbaren muss, führen die Hausärzte am 11. November wieder einen nationalen Grippeimpftag durch – zu einem Pauschalpreis von 30 Franken, teilte das Bundesamt für Gesundheit (BAG) gestern mit. Das BAG empfiehlt eine Impfung insbesondere Risikopersonen. Dazu gehören Menschen ab 65 Jahren, chronisch Kranke, Schwangere, frühgeborene Kleinkinder unter zwei Jahren sowie Bewohnerinnen und Bewohner von Alters- und Pflegeheimen. (SDA)

GESUNDHEIT II Nationalratskommission für Tabakproduktegesetz

Die Gesundheitskommission des Nationalrates will das Tabakproduktegesetz nicht an den Bundesrat zurückweisen. Sie will das Gesetz beraten und allenfalls Änderungen anbringen, etwa bei den geplanten Werbeverböten. Der Ständerat hatte sich mit 28 zu 15 Stimmen dafür ausgesprochen, das Gesetz an den Bundesrat zurückzuweisen. Er will diesen beauftragen, dem Parlament eine neue Vorlage zu unterbreiten, ohne Werbeverbote. (SDA)